

seinem Übertritt in den Rubelband den Mittel „Oberbürgermeister weiterführen kann.

Die Streifbewegung.

Künftig wird aus Berlin unterm 1. Februar gemeldet: Gegenüber den Arbeitseinstellungen in Groß-Berlin hat die Regierung von vornherein den Standpunkt vertreten, daß sie nicht in der Lage sei, mit einem von streifenden Arbeitern ohne jede gesetzliche Grundlage gewählten Arbeiterrat in Verhandlungen über politische Fragen einzutreten, dagegen hat sie stets ihre Bereitwilligkeit bekundet, die Lage mit den politischen und gewerkschaftlichen Führern der Arbeiterschaft zu erörtern. Diesen Grundsätzen hat am gestrigen Tage auch der Reichsanwalt bei einer Besprechung mit den Abgg. Bauer und Schmidt Ausdruck gegeben. Er erhielt indessen bald darauf ein von den Abgeordneten Geert, Haase, Ledebour und Scheidemann unterschriebenes Telegramm, worin diese ersuchten, zusammen mit fünf Funktionären der gewerkschaftlichen Organisation, die von den Streifenden als ihre Vertrauenspersonen bezeichnet worden seien, vom Rangler empfangen zu werden, und zwar zunächst zur Erörterung des Versammlungsbereiches. Da dieses Ersuchen mit der eben dargelegten grundsätzlichen Stellungnahme der Regierung nicht in Einklang zu bringen war, ließ der Reichsanwalt auf den Vorschlag erwidern, daß an der gewählten Besprechung je zwei Vertreter der beiden sozialdemokratischen Reichstagsfraktionen und der General-Kommission der Gewerkschaften teilnehmen sollten. Er stellte zugleich anheim, den Leitern der gewerkschaftlichen Organisation zu ihrer Unterstützung noch drei andere Vertreter der Gewerkschaften beizugeben. Die Gegenseite ging jedoch darauf nicht ein, sondern schlug nunmehr vor, die Abordnung aus je zwei Vertretern der beiden sozialdemokratischen Reichstagsfraktionen und aus drei der in dem oben erwähnten Telegramm bezeichneten gewerkschaftlichen Funktionäre zusammenzusetzen. Unter den Mitgliedern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sollte sich der Abg. Bauer befinden, der zwar der General-Kommission der Gewerkschaften angeschlossen, jedoch als Vertreter der Parteileitung an der Besprechung teilnehmen sollte. Die vom Reichsanwalt vorgeschlagene Zuziehung besonderer Vertreter der Gewerkschaftsleitung sollte mithin unterbleiben. Der Reichsanwalt konnte sich mit diesem Vorschlag nicht einverstanden erklären, da die so zusammengeleitete Abordnung sich wiederum als eine von der Streifleitung bevollmächtigte Vertretung der streifenden Arbeiter darstellte und nicht als Vertretung der Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit. Infolgedessen hielt der Reichsanwalt an der Antwort fest, die er auf das oben erwähnte telegraphische Ersuchen gegeben hatte. Von der Gegenseite wurde jedoch erklärt, daß unter diesen Umständen auf den Empfang der Abordnung verzichtet werde.

Wie der geschriebene Sachverhalt ergibt, ist die Regierung jederzeit bereit, berufene Vertreter der werkschaftlichen Organisation zu empfangen und mit ihnen zu beraten. Als berufen zu solchen Verhandlungen sieht sie die Abgeordneten aller Fraktionen an, außerdem für die Erörterung der besonderen, die Berufsinteressen der Arbeiter betreffenden Fragen auch die Vertreter der verschiedenen gewerkschaftlichen Verbände; sie muß es aber als unvereinbar mit dem Wesen unserer staatlichen Ordnung ablehnen, über politische Lebensfragen des ganzen Volkes mit Vertretern solcher Sondergruppen zu verhandeln, die durch Wiederlegen der Arbeit in Zeiten vaterländischer Not den Beweis dafür liefern, daß sie den Ernst ihrer schweren Verantwortung als Glieder der Gesamtheit des deutschen Volkes nicht erkennen.

Sieben Berliner Betriebe unter militärische Leitung gestellt.

Berlin, 1. Feb. Bekanntmachung. Die Ausnahmestellung, in der ein Teil der Arbeiterschaft von Groß-Berlin nach derart, beeinträchtigt die Versorgung des Heeres und der Marine mit Waffen und Munition. Ich habe daher zunächst folgende Betriebe: 1. Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken in Marinierstraße und Wittenau, 2. Berliner Maschinenbau A.-G. vormals L. Schwarzkopff in Berlin, 3. H. Borika in Berlin-Tegel, 4. Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft, Fabrik in Dammgäßchen, 5. Argus-Motoren-Gesellschaft in Berlin-Reinickendorf, 6. Luftverkehrsgesellschaft in Berlin-Johannisthal, 7. Daimler-Motoren-Gesellschaft Zweigniederlassung Berlin-Marienthal unter militärische Leitung gestellt, und den Arbeitern dieser Betriebe aufgegeben, die Arbeit spätestens Montag, den 4. Februar 1918 bis morgen 7 Uhr wieder aufzunehmen. Inwieweit die Arbeiter sich dieser Aufforderung nach den Vorschriften des Belagerungszustandes ausliefern, die Befehlshaber unter ihnen werden außerdem militärisch eingeschlossen werden.

Der Oberbefehlshaber in den Marken: v. Jössel, Generaloberst.

Die Streifbewegung in Sachsen.

Das itzige Generalkommando 12. A. N. schreibt uns: Aus Anlaß des Streiks wird, um über den Ernst der Sachlage aufzuklären, darauf hingewiesen, daß durch eine Stilllegung von Betrieben, insbesondere von solchen der Rüstungsindustrie, Kriegs- und volkswirtschaftlich eine Schädigung eintritt, durch die den feindlichen Mächten Vorzug geleistet und der Kriegsmacht des Deutschen Reichs Nachteil zuzufügen wird. Daher sind alle Maschinenfabriken, die auf eine solche Arbeitseinstellung abzielen, als Landbesitzer mit schwerer Strafe bedroht (§ 89 R. St. G. B.); dies gilt insbesondere von der Aufwiegung zur Arbeitsniederlegung, Bedrohung Arbeitswilliger, Streiklockenkesseln. Es sei aber auch darauf hingewiesen, daß es ehrlos und treulos ist, sich der Pflichten gegen das Vaterland in dieser ersten Stunde zu entziehen und unteren an der Front heldenmütig kämpfenden Brüdern von der Heimat aus in den Rücken zu fallen.

Am gestrigen vormittag beehrte eine von einer im Klausen Grund abgehaltenen Versammlung gewählte Abordnung von Streifenden im Dresdner Ministerialgebäude den Herrn Minister des Innern zu sprechen, um ihm die in der Versammlung erhobenen politischen Forderungen zur Erklärung vorzutragen. Der Herr Minister hat den Empfang der Abordnung abgelehnt, da die Regierung in eine Erörterung solcher Forderungen nicht mit Privatpersonen, sondern nur mit den verfassungsmäßig hierzu berufenen Landständen eintreten kann.

Aus Berlin wird uns über den Stand der Streifbewegung geschrieben: Die Streifbewegung scheint nunmehr zu einem Stillstand gekommen zu sein. Die Zahl der Ausständigen hat sich seit Donnerstag Mittag nicht mehr nennenswert verändert. In einigen großen Rüstungsbetrieben Groß-Berlins konnte die Arbeit mit geringeren Einschränkungen wieder aufgenommen werden. Die öffentlichen Verkehrsmittel werden erfreulicherweise von den feindlichen Mächten nicht mehr angegriffen. Die Straßenbahnen verkehren wieder regelmäßig und die Zettlungen erscheinen ausnahmslos, wenn auch in veringertem Umfang. Bedrohliche Gerüchte werden seltener, Ruhe und Sicherheit im öffentlichen Verkehr stellen sich wieder ein. Die Hoffnung,

Deutscher Generalkommandobericht.

(Amtlich.) Großes Hauptquartier, 2. Februar 1918. Von den Kriegshauptplätzen nichts Neues. Der erste Generalquartiermeister: Lubendorf.

Daß die ganze milde Streifbewegung bald friedlich enden, erscheint nicht mehr unbedenklich. Zahlreiche Nachrichten aus dem Reich über die Rückkehr Streifender zu ihren Arbeitstätigkeiten bekräftigen sie. Auch die sozialdemokratische Parteileitung lenkt nach den Versicherungen des wieder frei gegebenen „Vorwärts“ offensichtlich ein. Sie fordert zwar die alsbaldige Einberufung des Reichstags, um eine rasche, gründliche und „befreiende“ Aussprache zu ermöglichen, warnt dann aber die Arbeiter eindringlich vor Ausschreitungen und vor jeder Störung der öffentlichen Ordnung. Derartige Vorworte bekämpfen nur die feindlichen Imperialisten in ihrer Hoffnung, durch ein längeres Hinauszuziehen des Krieges ihre Absichten zu verwirklichen. Man kann nur bedauern, daß dieser beruhigende Einfluß des Großberliner Arbeiterorgans nicht früher geltend gemacht worden ist. Besonders erfreulich ist auch die Entschiedenheit, und dabei doch entgegenkommende Haltung der Regierung gegenüber der Streifbewegung. Darüber erklärt man halbamtlich aus der „Nordd. Allg. Ztg.“, daß keinerlei Anlaß vorliege, den gegenwärtigen Regierungskurs irgendwie zu ändern. Entschlossen werde sie an ihrem inneren Reformprogramm festhalten und sich auch nicht von dem Wege abdrängen lassen, der nach ihrer Überzeugung zu einem unserer glücklichen militärischen Lage entsprechenden Frieden zur Verhängung führen müsse. Eine Regierung, die selbst den Feinden nie die Verhandlungsbühne abgeben habe, werde selbstverständlich auch mit Vertretern der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften über die Möglichkeit einig werden müssen, die Streiktag zu begraben. Der Ausschluß schließt mit einer ersten Warnung für die Vertreter, denen rücksichtslos entgegenzutreten werden soll. Durch die Verhaftung des unabhängigen Sozialdemokraten Dittmann hat sie diese Warnung bereits in die Tat umgesetzt. Nach dem alles darf nun erwartet werden, daß Ruhe und Ordnung überall schnell wieder eintritt und die Streiktag am Heile des Vaterlands wirklich bald begraben wird.

Die Ausnahmestellung im Dresdner Gebiet hat nach einer Mitteilung der Dresdner Volkszeitung vorgetern nachmittag und gestern eine weitere Ausdehnung erfahren. Im Klausen Grund fand vorerster eine Versammlung der Ausständigen statt, die sich den in Berlin aufgestellten Forderungen anschloß. Diese Forderungen sollen durch einen Ausschuß, der aus vier Ausständigen und je einem Vertreter der sozialdemokratischen Partei und der unabhängigen aufgestellt wurde, der Regierung gegenüber vertreten werden. — In dem Eisen- und Stahlwerk von Zitzkau in Dresden, Löbtau-er Straße, haben gestern früh fast sämtliche Arbeiter die Arbeit niedergelagt.

Verhaftung des Abgeordneten Dittmann.

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dittmann ist, da er in einer unerlaubten Versammlung in Trenzow die Menge aufgeführt hat, „den Streik hochzubalten“, verhaftet worden.

Besprechungen mit der Regierung.

Zwischen den Abgeordneten Scheidemann und Geert einerseits und Vertretern der Regierung andererseits haben gestern vormittag Verhandlungen stattgefunden, die aber zu keinem bestimmten Ergebnis führten. Konferenzen, die beim Reichsanwalt abgehalten wurden, wohnt auch Staatssekretär Wallraf bei.

Nachrichten von heute mittag:

Berlin. In den Verhandlungen der Reichstagsabgeordneten Scheidemann und Geert mit der Regierung meldet der „Lok. Anz.“ noch: Ein Ergebnis ist bisher nicht erzielt worden, auch die Anwesenheit des Bischofs von Breslau v. Pappe vermochte zu keiner Einigung zu führen. Immerhin besteht die Wahrscheinlichkeit, daß die Verhandlungen wieder aufgenommen werden. Die unabhängigen Sozialisten, die gestern vormittag im Reichstagsgebäude eine Sitzung abhielten, glauben sich nicht an Verhandlungen beteiligen zu sollen, falls nicht auch Vertreter der Ausständigen anwesend sind.

Berlin. Über den Stand des Streikes meldet der „Lok. Anz.“, daß er gestern bis in die späten Abendstunden im großen und ganzen unverändert ist. Vielleicht kann man ihn auch schon als ein wenig abgeklaut bezeichnen. Das Ausgehen der Stadt war gestern abend etwas ruhiger als am Tage vorher, die Haltung der Arbeiter, die sich in größeren und kleineren Trupps auf den Straßen bewegten, stellenweis eine besonnenere. Leider haben sich aber wieder, namentlich jüngere Elemente, mehrfach zu Gewalttätigkeiten und Ausschreitungen hinreißen lassen. Es sind wiederum an mehreren Stellen der Stadt, im Norden und Osten, die Fenster einer Anzahl Straßenbahnen eingeschlagen, mehrere umgestürzt die Drähte durchschnitten; die Polizei schritt energisch ein, und es gelang baldigt wieder die Ordnung herzustellen. Zu den Unruhen in Alt-Moabit ist noch ergänzend zu melden, daß von den Charlottenburger Polizeibeamten noch der Schuhmann Seifert durch Messertische, der Schuhmann Otto durch einen Armkutsch verletzt wurde. Einige weitere erlitten durch Steinwürfe Verwundungen. In dem Belanden der Verletzten ist erfreulicherweise keine Verschlimmerung eingetreten.

Dem Vernehmen nach sollen heute schon die ersten Verhandlungen gegen mehrere Männer und Frauen, die bei den Streikunruhen Gewalttätigkeiten begangen haben sollen, vor den Kriegserichtern stattfinden.

Der „Vorwärts“ ist wieder erschienen. Die Erlaubnis hierzu wurde vom Oberkommando erteilt, nachdem die Redaktion darum nachgesucht und entsprechende Versicherungen gegeben hatte.

Berlin. Wie der „Berl. Lokalanzeiger“ schreibt, bestärkt es sich, daß beim Reichstagspräsidium ein sozialdemokratischer Antrag auf vorzeitige Einberufung der Vollversammlung eingegangen war, der indessen bei keiner der anderen Fraktionen Unterstützung fand.

Der „Germania“ will es rällich erscheinen, daß die Arbeiterschaft, die in den Ausstand getreten ist, sich entschließen, um aus der Sachlage herauszukommen, die politischen Fragen ruhig in den Händen der beruflichen Führer zu lassen.

Berlin. Die Arbeiter in den Reparaturwerkstätten der Großen Berliner Straßenbahn haben sich teilweise der Streifbewegung angeschlossen und sind gestern morgen nicht auf ihren Arbeitstätigkeiten erschienen. In Berlin sind infolge der gestrigen Vorfälle bisher 128 Verhaftungen vorgenommen worden.

Hamburg. Nachdem bereits vorgestern über die Hälfte der aus den hiesigen Werften streifenden Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen hatte, haben sich nunmehr auch die Betriebsauschüsse der Ausständigen in Hamburg für die Wiederaufnahme der Arbeit am heutigen Sonnabend ausgesprochen.

Leipzig. Die Zahl der Streifenden bei den Deutschen Flugzeugwerken ist von 1000 auf 180 zurückgegangen. Auch im übrigen hat die Streifbewegung im Leipziger Bezirk nachgelassen, so daß in den meisten Betrieben die Arbeit wieder aufgenommen ist.

Röln. In einer gestern vormittag in Anwesenheit des Regierungspräsidenten abgehaltenen Vertrauensmänner-

versammlung haben die Streifenden beschlossen, die Arbeit Sonnabend früh wieder aufzunehmen.
München. Die Streifenden zogen gestern in getrennten Gruppen in der Stadt umher, um vor einzelnen Betrieben zu demonstrieren. Eine solche Gruppe von 400 Mann etwa zog auch zum Polizeipräsidium und eine Abordnung begab sich zum Präsidenten, um die Freilassung der verhafteten Rädelsführer zu erbitten. Der Präsident gab ihr den Befehl, daß das zuständige Gericht darüber bis morgen entscheiden werde. Das Generalkommando hat die Hauptführer, darunter den Schriftsteller Kurt Eisner und die Sarah Bernh wegen dringenden Verdachts des Landesverrats festnehmen lassen und ist entschlossen, jeder Ausschreitung mit der äußersten Listkraft entgegenzutreten.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Bundesratsbeschlüsse. Vom Bundesrat wurden Bestimmungen erlassen, welche die Bereitstellung von Reichsmitteln für die Entschädigung der infolge Kohlenmangels streifenden Arbeiter und Arbeiterinnen kriegswichtiger Betriebe der Rüstungs- und Ernährungsindustrie vorleben. In der vorgelagerten Sitzung des Bundesrats gelangten ferner zur Annahme: ein Entwurf einer Verordnung über den Anbau von Zuckerrüben und das Brennen von Rüben im Betriebsjahr 1918 bis 1919; ein Entwurf von Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz vom 8. April 1917 über die Besteuerung des Personen- und Güterverkehrs, und ein Entwurf von Ausführungsbestimmungen zur Änderung der Verordnung über die Kartoffelverföhrung.

Oesterreich-Ungarn.

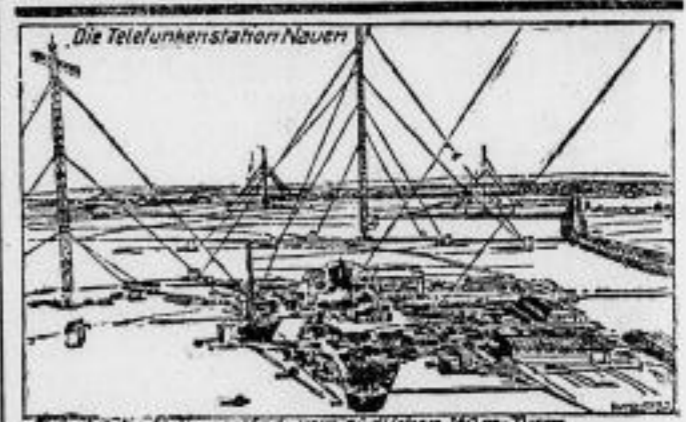
Die politische Stellung des „Fremdenblattes“. Das Wien. N. N. Tel.-Korresp.-Büro meldet: Das „Fremdenblatt“, das bis vor kurzem als offizielles Organ der österreichischen Regierung galt, wird nunmehr zu den Fragen der inneren Politik selbständig und nach einem von ihm heute veröffentlichten Programm Stellung nehmen und kann daher jetzt in diesen Angelegenheiten nicht mehr als offizielles angesehen werden. Die Stellung des Blattes zu Fragen der auswärtigen Politik, in denen es wiederholt die Ansichten des Ministeriums des Auswärtigen zum Ausdruck brachte, bleibt unberührt. Ohne hiermit für alle die Politik betreffenden Äußerungen des „Fremdenblattes“ die Haftung zu übernehmen, erklärt das Ministerium des Äußerer, daß es jede Verantwortung für die Ausführungen der genannten Zeitung ablehnt, die die innere Politik und die Verwaltung betreffen. Das „Fremdenblatt“ kennzeichnet in heutigen Leitartikeln seine Stellung zur inneren Politik dahin, daß es in Zukunft energisch für die führende Rolle der Deutschen in Oesterreich eintreten werde.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 2. Februar 1918.

Meldungen der Berliner Morgenblätter.

Berlin. Die Behandlung der ukrainischen Frage, deren endgültige Lösung auf Wunsch der deutschen und österreichisch-ungarischen Delegationen bis zum Eintreffen der ukrainischen Delegationen verschoben wurde, ist, wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ redaktionell schreibt, offenbar seitens der russischen Regierung in der letzten Zeit eine andere geworden. Maßgebend dafür sind aber nicht die eben politischen Doktrinen der bolschewistischen Machthaber, maßgebend ist vielmehr die bei ihnen vorhandene Überzeugung, daß ein der bolschewistischen Rassen gefühnen wird, die Herrschaft der Wada umzustürzen, und die Ukraine in ihre Gewalt zu bekommen. Aus diesem Verhalten ergibt sich ein neuer Beweis dafür, daß die Theorien von der Selbstbestimmung der kleinen Nationen für die Bolschewisten mit dem Augenblicke aufhören, wo sie die Macht



Blick über die Stationsgelände vom Südlichen 150 m-Turm.

Innerhalb kaum mehr als zehn Jahren ist es der Gesellschaft für drahtlose Telegraphie m. b. H., allgemein unter dem Namen „Telefunken-Gesellschaft“ bekannt, gelungen, ihre Station Nauert zur größten Station der Erde auszubauen. Die Gesellschaft wurde im Jahre 1906 gegründet und errichtete im Jahre 1906 auf dem etwa dreierhalb Stunde vom Bahnhof Nauert gelegenen Gelände ihre erste Versuchstation mit einem Turm von etwa 100 Meter Höhe und Maschinen von 35 Pferdekraften. Heute braucht dieselbe über 1000 Pferdekraften zur Erzeugung elektrischer Wellen und verfügt über zwei Türme von je etwa 260 Meter Höhe (nur etwa 40 Meter niedriger als der Eiffelturm) und über sieben Türme von 120 bis 150 Meter Höhe. Ein ganzes Dach von Drähten verbindet die einzelnen Türme miteinander. 1000 Morgen Gelände nehmen die Gesamtanlagen ein. Inmitten derselben steht jetzt das neue große, von Gehlmrat Dr. Ruthefuss entworfene Gebäude, welches bestimmt ist, die jetzt vielfach in kleineren einzelnen Häusern und Schuppen untergebrachten Maschinen und Apparate zu umfassen und vorzugsweise im Laufe dieses Jahres dem Betrieb übergeben werden wird. Die Station ist in der Lage, bis auf über 10000 Kilometer Entfernungen ihre Funkstrahlen zu entsenden. Der Verkehr hat sich von 1,3 Millionen Wörtern im Jahre 1915 auf 2,58 Millionen Wörtern im Jahre 1916, und 3,68 Millionen Wörtern im September 1917 gesteigert. Welche außerordentlichen Dienste schon vor dem Kriege und ganz besonders während des Krieges von dem Telefunkenwerk geleistet worden sind, ist hinreichend bekannt.



Das Hauptgebäude der Telefunkenstation Nauert.